



Reden

14.12.2010

Thema: Klimaschutz in die Bayerische Verfassung aufnehmen

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, wertete Kolleginnen und Kollegen! Die bisherigen Wortbeiträge zeigen, dass das Thema noch nicht richtig angekommen und noch nicht ins Bewusstsein gedrungen ist; denn Klimaschutz, Herr Kollege Dr. Fischer, ist etwas anderes als der Schutz von Geflügel. Hier geht es um existenzielle Lebensgrundlagen und nicht um einen Geflügelzüchterverein. Da Deutschland 160 Milliarden Euro pro Jahr an das Ausland für fossile Brennstoffe abgibt, ist eine regenerative Wertschöpfung im eigenen Land dieses Geld wert. Dieses Geld im Lande zu halten, wäre die beste Wirtschaftspolitik, die wir in Bayern betreiben könnten. Diesen Gesichtspunkt sollte man bei diesem Thema einbeziehen. Die Freien Wähler habe sehr bewusst Artikel 152 der Bayerischen Verfassung gewählt, um zu verankern, dass die regenerative Wertschöpfung und Energieschöpfung im Land und in den Regionen bleiben sollen. Dieser Artikel wurde für Energie geschaffen. Mit der Änderung des Artikels 152 wird die ökonomische Relevanz des Klimaschutzes deutlich gemacht. Mit den regenerativen Energien, die bei uns entwickelt werden, können wir uns bei der Energieerzeugung aber auch als Technologiestandort als Vorbild zeigen und in die Welt wirken. Deswegen ist es sinnvoll und richtig, diesen Satz als Staatsziel in die Bayerische Verfassung aufzunehmen. Der Behauptung, wir würden die Situation einer Verfassung verkennen, ist zu entgegnen, dass wir darin die Aufgabe einer Verfassung sehen. Denn genau die regionale Wertschöpfung war für unsere Verfassungsmütter und -väter ganz normal. Damals gab es noch keine zentralen Energieversorger aus dem Ausland, sondern hat man noch die Energie vor der Haustüre erwirtschaftet, in der Kommune, in der Gemeinde. Deswegen steht es auch nicht drin. Aber jetzt holen wir nach, was notwendig ist. Meine Damen und Herren, wir müssen Importe an fossilen Brennstoffen generieren, und wenn wir die nicht mehr brauchen, sind wir nicht gezwungen, Geld ins Ausland zu transferieren, sondern können es hier bei uns verwenden. Für diese Technologien brauchen wir auch Arbeitskräfte. Es muss installiert werden, es muss betrieben werden, es muss gewartet werden. Das ist letztlich auch ein Top-Motor für Deutschland. Hier können wir mit gutem Gewissen vorangehen. Dass es beim Klimaschutz eine Übereinstimmung zumindest aufseiten der Opposition gibt, ist erfreulich. Wir müssen aber das Augenmerk darauf legen und mit der Bayerischen Verfassung ein Zeichen in die deutsche Verfassungslandschaft hinein setzen. Wir sind nämlich nicht nur aufgefordert, unsere Schöpfung zu bewahren, sondern auch an der Schöpfung teilzuhaben, an der Schöpfung mitzugestalten und sie verantwortlich nachhaltig zu gestalten. Wir können nur im Einklang mit der Schöpfung diese weiter fortführen. Wir können nicht gegen sie arbeiten. Das können wir am besten durch erneuerbare, dezentrale, regenerative Energien. Und die gehören nach unserer Auffassung in die Bayerische Verfassung. Sehr geehrter Herr Kollege Heike, Sie sagen, das sei zu kurz gesprungen für eine Verfassung und das gehöre eher in ein ausführendes Gesetz. Na ja, die Babypflege im Unterrichtsplan für Jugendliche steht auch in der Bayerischen Verfassung oder auch der Auftrag an die Kommunen, für die Denkmalpflege zu sorgen. Da ist dieses Ziel hier wesentlich höher und wichtiger. Es ist klar, wir müssen behutsam mit unserer Verfassung umgehen. Deswegen ist das Volksreferendum vorgesehen, und das ist gut so. Aber wenn das Volk, der Souverän erkennt, dass etwas wichtig genug ist, aufgenommen zu werden, und dass das in diese Zeit hineingehört, weil es eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist, dann sollte der Souverän dazu auch das Recht haben. Diesen Weg sollten wir ihm ermöglichen. Denn dieses Thema wird immer drängender und immer wichtiger. Es ist letztlich nicht nur vom Klima her existenziell wichtig, sondern es ist auch für Bayern eine Chance, hier wieder Vorreiter zu werden, sich einen Standortvorteil für die Zukunft zu sichern. Das bitte ich, zu bedenken. Die rechtlichen Aspekte werden wir dann im Ausschuss in aller Breite genüsslich debattieren. Ich freue mich schon, wenn wir dann die Klängen kreuzen können. Ich hoffe aber, dass wir vielleicht doch ein Stück weit aufeinander zugehen können, um etwas für Bayern erreichen zu können.

(Beifall bei den Freien Wählern)